

A. Leitantrag an den 13. Landesparteitag

A.1.NEU Partei ergreifen!

EinreicherInnen: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge den folgenden Leitantrag beschließen:

1 Partei ergreifen!

2
3 **Wir haben uns vor fast 10 Jahren als DIE LINKE zusammengefunden, um dem herrschen-**
4 **den neoliberalen Zeitgeist den Kampf anzusagen.** Gewachsen aus Menschen unterschied-
5 lichster Herkunft eint uns dabei ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein
6 Mensch in Armut leben muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozia-
7 ler Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um
8 dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demo-
9 kratischen Sozialismus.

10 Wir nehmen sehr wohl zur Kenntnis, dass der Kampf gegen Ausgrenzung, für soziale Gerechtig-
11 keit und Solidarität nicht einfacher geworden ist. Im Gegenteil. Bereits seit der Einführung von
12 Hartz IV waren vermeintlich „faule“ und „arbeits-scheue“ LeistungsbezieherInnen oft genug Ziel
13 gesellschaftlicher Ausgrenzung und Entsolidarisierung. In Folge der Finanzkrise und der damit
14 verbundenen Rettung des Bankensystems vor dem Zusammenbruch entwickelte sich eine bei-
15 spiellose Staatsfinanzierungskrise im Euroraum. Diejenigen Kräfte des Finanzmarktes, die eben
16 noch unter erheblicher Kraftanstrengung durch die öffentliche Hand gerettet wurden, wendeten
17 sich nun gegen die vermeintlich schwächsten Staaten. Europa, insbesondere Deutschland, ant-
18 wortete darauf nicht mit einem Zeichen der Solidarität, sondern mit Ausgrenzung und einer un-
19 sozialen Kürzungspolitik gegen die betroffenen Staaten mit schier unglaublichen Folgen für die
20 dort lebende Bevölkerung. Beispielhaft sind hier Griechenland und Spanien zu nennen.

21 Der politisch vorangetriebene Staatsrückbau führte dazu, dass die Armut nach Europa zurück-
22 kehrte. Einher ging dieser Prozess mit einer aggressiv nationalistischen Kampagne, einer natio-
23 nalen Überhöhung Deutschlands und einer Abwertung der vermeintlichen Pleitestaaten bis hin-
24 ein in die Mitte der politischen Landschaft. Die Saat der nationalen Überhöhung ging auf, als
25 hunderttausende Schutzsuchende den Weg nach Europa fanden, um Krieg, Terror und Verfol-
26 gung in ihrer Heimat zu entfliehen. Die europäische Solidarität, die Deutschland angesichts die-
27 ser Situation von anderen Mitgliedsstaaten einfordert, hatte man zuvor jedoch selbst mit einzu-
28 reißen geholfen. Uns ist es nicht gelungen, dieser gesellschaftliche Entsolidarisierung, diesem
29 nationalen Dünkel unser Ziel von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wirksam entgegenzuset-
30 zen.

31 Doch gerade in diesen Zeiten bietet DIE LINKE als sozialistische Partei einen konkreten Mehr-
32 wert. Unsere Partei steht in einer langen Tradition im Kampf um soziale Gerechtigkeit, Weltof-
33 fenheit und Solidarität, die weit in die über 150-jährige Geschichte der ArbeiterInnenbewegung
34 zurückreicht. Wir haben lange um Fragen, Wege und Lösungen gerungen. Wir haben grundsätzli-
35 che Überzeugungen erkämpft. Wir haben in diesen anderthalb Jahrhunderten unseren Beitrag
36 dazu geleistet, dass eine ganze Reihe grundlegender sozialstaatlicher Errungenschaften, die nun

37 durch neoliberale Politik angegriffen werden oder bereits beseitigt wurden, erkämpft worden
38 sind.
39 Gerade weil wir diese Gesellschaft nachhaltig demokratisch, solidarisch, ökologisch und gerecht
40 umgestalten wollen, geben wir uns nicht dem Irrglauben hin, dass wir mit Blick auf kurzfristige
41 Wahlergebnisse unsere grundlegenden Überzeugungen opfern sollten. Unsere Politik würde
42 dadurch nicht attraktiver, sondern schlichtweg unglaubwürdig.
43 Wir sind anders als die anderen Parteien. Wir brechen als Einzige aus dem neoliberalen Block
44 heraus. Wir streiten und werben für unsere grundsätzlichen Überzeugungen, gerade auch dann,
45 wenn es schwer wird.
46 Wir wissen: Mit unseren Zielen werden wir nicht jede und jeden erreichen. Wir sind die Lobby
47 derer, die gesellschaftlich und parlamentarisch keine Lobby haben. Wir kämpfen für diejenigen,
48 die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, deren Ausbeutung und Unterdrückung jedoch
49 die Grundlage für die Anhäufung riesiger Reichtümer auf Seiten der Bourgeoisie ist. Wir kämpfen
50 für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten und die sich selbst ausbeutenden Schein-
51 selbstständigen, die die weit überwiegende Mehrheit dieser Gesellschaft bilden. Wir ergreifen Par-
52 tei für all jene, die im Kampf um Demokratie, für soziale Gerechtigkeit, für die Idee eines solida-
53 rischen Europas und für Mitmenschlichkeit unserer Unterstützung bedürfen. **Wir sind demokratische SozialistInnen.**
54
55

56 Partei ergreifen für die Demokratie

57 Zugegeben: Die Gesellschaft, in der wir leben, ist alles andere als perfekt. Sie drängt Menschen
58 oft genug an den Rand, bietet zu wenige Möglichkeiten der Mitgestaltung und der freien Entwick-
59 lung. Der demokratische Akt reduziert sich viel zu oft auf die Kreuze auf dem Stimmzettel aller
60 vier bis fünf Jahre. Wirkliche demokratische Mitgestaltung, ob im Bund, im Land oder gar in den
61 Kommunen bleibt dabei häufig auf der Strecke. Sei es aus Finanzgründen oder reinem Unwillen
62 herrschender Politik.

63 Doch bei allen Fehlern, die diese Demokratie hat: Die Grundrechte und Freiheiten, die mit dem
64 Grundgesetz errungen wurden, sind für uns bedingungslos zu verteidigen. Sie bilden die Voraus-
65 setzung für eine weitere Demokratisierung der Demokratie. So, wie Max Reimann einst für seine
66 KPD-Fraktion im ersten Deutschen Bundestag beschwor, dem Grundgesetz nicht zuzustimmen,
67 aber die im Grundgesetz gesetzten Werte bis zum Letzten auch gegen die zu verteidigen, die es
68 damals beschlossen, fühlen wir uns deshalb diesen Werten verpflichtet. Denn wir wissen: Der
69 Weg zur gesellschaftlichen Solidarität ist noch weit, doch gibt es derzeit auch viel zu verlieren.
70 Dort, wo Grund- und Freiheitsrechte in Frage gestellt oder ganz beseitigt werden sollen, da findet
71 man in uns die PartnerInnen zur Verteidigung dieser Rechte. Wir werden stets widerstehen: Egal,
72 ob jemand den Überwachungsstaat einführen, Freiheitsrechte der Menschen einschränken oder
73 Grundrechte wie das auf Asyl schleifen will.

74 Unser Ziel ist die Demokratisierung der Demokratie. Wir setzen uns nicht nur dafür ein, Beteili-
75 gungsmöglichkeiten egal ob vor Ort oder auf höheren Ebenen zu schaffen und auszubauen, zur
76 Teilhabe einzuladen und Mitgestaltung zu ermöglichen. Wir wollen zudem Teilhabe ermöglichen,
77 bspw. durch Senkung der Quoren bei direktdemokratischen Verfassungselementen, bei der
78 Stärkung der demokratischen Mitgestaltung durch Bürgerhaushalte und -foren und einer umfas-
79 senden Initiative für Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen.

80 Um Teilhabe zu sichern, müssen aus unserer Sicht zu den demokratischen und Freiheitsrechten
81 zusätzlich soziale Rechte treten, die ein Leben in Sicherheit, ohne existenzielle Ängste garantie-
82 ren und so gesellschaftliche Teilhabe aller erst ermöglichen. Für uns – auch als Lehre der eige-
83 nen Geschichte – sind soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und die Garantie von Grund- und
84 Freiheitsrechten daher untrennbar miteinander verbunden. Wir ergreifen Partei für die Demokra-
85 tie.
86

87 Partei ergreifen für Unterstützungsbedürftige

88 Eine Gesellschaft, die so viele innere Widersprüche produziert, bringt viele Menschen hervor, die
89 gesellschaftlicher Unterstützung bedürfen. Seien es GeringverdienerInnen und NiedriglöhnerIn-
90 nen, die von ihrer eigenen Arbeit nicht leben können, Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-
91 EmpfängerInnen, die keine Chance erhalten, ihren Lebensstandard selbst zu erwirtschaften, oder
92 Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und deren Rente kaum zum Leben reicht. Es
93 sind aber auch SchülerInnen, die in einem selektiven Schulsystem abgehängt werden und För-
94 derung und Hilfe benötigen, die Studierende, die auf ein elternunabhängiges Bafög angewiesen
95 ist oder Menschen mit Beeinträchtigungen. Sie alle und noch viel mehr sind auf gesellschaftliche
96 Solidarität angewiesen. Sie alle haben ein Recht darauf, nicht an den Rand der Gesellschaft ge-
97 drängt zu werden.

98 Im Gegensatz zum gesellschaftlichen und politischen Mainstream stempeln wir diese Menschen
99 nicht als abgehängt oder benachteiligt ab. Wir nehmen sie viel mehr mit ihren Sorgen und Nöten
100 ernst. Wir wollen sie unterstützen. Und wir wollen sie befähigen, für ihre eigene Sache inmitten
101 der Gesellschaft zu kämpfen. Wir wollen, dass all jene sich als vollwertigen Teil der Gesellschaft
102 betrachten und nicht als BittstellerInnen oder als minderwertig. Und wir bieten als Partei Kon-
103 zepte, die ihnen ein würdevolles Leben in der Gesellschaft ermöglichen. Zum Beispiel indem wir
104 dafür kämpfen, dass Arbeit gerecht verteilt und gut entlohnt wird, so dass jeder und jede die
105 Möglichkeit hat, sich in Lohnarbeit zu begeben, dass es eine Schule für alle bis mindestens Klas-
106 se 8 gibt, dass eine BürgerInnenversicherung für alle sowie eine solidarische Mindestrente oder
107 eine sanktionsfreie Mindestsicherung für alle geschaffen werden. Wir ergreifen Partei für alle
108 Menschen, die gesellschaftlicher Unterstützung bedürfen.

109

110 Partei ergreifen für Humanität

111 Die Welle der Hilfsbereitschaft in unserem Land hat im vergangenen Jahr neue Höhen erreicht.
112 Dort wo der Staat viel zu häufig kapitulierte, sprangen unermüdlich Ehrenamtliche ein, die für
113 nichts – nicht einmal für die bisher ausgebliebene Anerkennung – Helfende in der humanitären
114 Krise wurden.

115 Doch schon zuvor haben sich tausende Menschen in diesem Land mit voller Kraft für andere
116 Menschen eingesetzt. Sei es bei den Tafeln, in Obdachloseninitiativen, bei Ämterbegleitungen
117 oder in der Sozialberatung, in sozialen, kulturellen, interkulturellen, Sport- oder Jugendprojekten.
118 Oft haben Menschen mit ihrem Engagement so Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht, die eigentlich
119 von staatlicher Seite geboten werden müsste. Viel zu oft haben Sparrunden und Kürzungen als
120 Folgen von verfehlter Politik, dieses Engagement überhaupt erst notwendig und zugleich möglich
121 gemacht.

122 Von jeher sind es auch unsere Mitglieder und Sympathisierenden, die sich in solchen Initiativen
123 engagieren. Schon lange unterstützt unsere Partei solche Initiativen in ihrer Arbeit. Weil für uns
124 stets der Mensch und ein würdiges Leben für alle im Mittelpunkt steht. Weil wir uns kümmern.
125 Mitmenschlichkeit kennt für uns keine Obergrenze. Und genau deshalb können und wollen wir
126 uns nicht darauf verlassen, dass engagierte Menschen allein diejenigen auffangen müssen, die
127 durch das staatliche Netz gefallen sind. Wir wollen nicht, dass Menschen überhaupt erst in
128 Zwangssituationen geraten, die sie von der Hilfe anderer abhängig machen. Wir wollen mit die-
129 sen Menschen gemeinsam die Ursachen beseitigen. Wir wollen ein funktionierendes gesell-
130 schaftliches System, welches in der Not selbstverständlich auffängt. Wir wollen diese Gesell-
131 schaft sozial gerecht verändern, um ein Leben in Würde gemeinsam für alle möglich zu machen.
132 Wir ergreifen deshalb Partei für die Humanität.

133

134 Partei ergreifen für das solidarische Europa

135 Für uns ist Europa mehr als eine Summe von Freihandelszonen und Raum des freien Warenver-
136 kehrs. Auf der einen Seite hat die Europäische Union als Projekt zu einer friedlichen Koexistenz
137 und Kooperation ihrer Mitgliedsstaaten beigetragen. Auf der anderen Seite nehmen wir Entwick-
138 lungen wie die Reduzierung Europas auf einen leidlich funktionierenden Wirtschafts- und Wäh-
139 rungsraum, eine Entsolidarisierung zwischen den europäischen Staaten, eine zunehmende Mili-
140 tarisierung der europäischen Außenpolitik und eine Abschottung zur Kenntnis, die unserer Idee
141 eines gemeinsamen, solidarischen und demokratischen Europas zuwiderlaufen.

142 Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich unsere Warnungen vor der übereilten Schaffung eines euro-
143 päischen Währungsraumes vor der Schaffung einer gemeinsamen Sozialpolitik bewahrheitet
144 haben. Unsere Antwort auf diese Entwicklung ist jedoch nicht die eines Rückzugs in die Summe
145 der Nationalstaaten. Sie muss im Gegenteil die von mehr Europa, die von einem anderen Europa
146 sein. Wir wollen den europäischen Einigungsprozess fortführen, indem endlich eine gemeinsame
147 Sozialpolitik und echte demokratische Strukturen auf europäischer Ebene etabliert werden.

148 Gerade Sachsen nimmt dabei eine besondere Position ein: Durch seine Lage im Herzen Europas
149 und im Dreiländereck mit Polen und der Tschechischen Republik wird eine landesspezifische
150 Debatte, die Europa auf Grenzkriminalität und manchmal kleinlich wirkende Verordnungen redu-
151 ziert, der Realität nicht gerecht. Längst fährt man nicht mehr nur nach Polen und Tschechien, um
152 vermeintlich günstig zu tanken, preiswert zum Friseur zu gehen oder Zigaretten zu kaufen. Das
153 Leben an der offenen Grenze hat zu einem gesellschaftlichen und kulturellen Austausch geführt.
154 Görlitz und Zgorzelec sind zum Beispiel als Europastadt bspw. zusammengewachsen. Bei allen
155 Schwächen, die es noch gibt: Menschen leben, arbeiten und lieben gemeinsam diesseits und
156 jenseits der alten Schlagbäume. Zusehends und insbesondere in den jüngeren Generationen
157 verschwinden auch die Sprachbarrieren. Selbst gemeinsame Schulen und Kindergärten sind
158 längst Realität. Jedes Bestreben, Europas Grenzen wieder zu schließen, führt zwangsläufig zu
159 einem Ende genau dieser Normalität. Es wäre ein einschneidender Eingriff in das Leben der
160 Menschen im Land.

161 Wir wollen diese entstandene Normalität nicht nur bewahren, wir wollen sie ausbauen. Unsere
162 NachbarInnen sind für uns nicht willkommene Absatzmärkte für die heimische Wirtschaft, son-
163 dern PartnerInnen bei der Lösung anstehender Aufgaben. Gemeinsame grenzüberschreitende
164 Projekte, gerade auf kommunaler Ebene, können helfen, gleiche Problemlagen gemeinsam bes-
165 ser und einfacher zu lösen. Wir ergreifen deshalb Partei für die europäische Idee.

166

167 Partei ergreifen für die Menschen im Land

168 DIE LINKE. Sachsen ist eine Partei für Sachsen. Unser Engagement bezieht sich dabei aber nicht
169 auf Sächsische Folklore, wie die Forderung nach einer Sachsenhymne oder die Beschwörung des
170 patriotischen Sachsenstolzes, wie man es viel zu häufig von der CDU vernimmt. Wir wollen die
171 tatsächlichen Probleme, die es in unserem Land gibt, anpacken und die Lebensqualität für alle,
172 egal, ob hier geboren oder nicht, verbessern. Wir benötigen für Sachsen neue Ansätze zur Lan-
173 desentwicklung: weg von den Leuchttürmen, hin zu gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt
174 und Land. Alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen überall gleichermaßen ge-
175 währleistet sein. Dafür müssen die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen
176 werden.

177 Die sächsische Politik hat es in vielen Bereichen mutwillig versäumt, mit der Zeit zu gehen. Vor
178 allem im Bereich der Inklusion ist es bei Lippenbekenntnissen geblieben. Wir wollen das nicht
179 länger hinnehmen. Es muss hier in Sachsen lebenden Menschen, egal welcher Herkunft, wel-
180 chen Geschlechts, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, ermöglicht werden, in gleichem Maße am
181 gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir müssen uns auch der Herausforderung des Staates
182 als Dienstleister für die Menschen stellen. Die verfehlte Personalpolitik der letzten 26 Jahre
183 muss umgekehrt werden. Die Folgen des Mangels an Lehrpersonal sowie bei Beschäftigten in

184 Polizei, Justiz und Verwaltung bekommen die Bürgerinnen und Bürger tagtäglich zu spüren. Hier
185 weiterhin zu sparen, kommt uns alle später teuer zu stehen.
186 Eng mit der Entwicklung des ländlichen Raumes sind auch die Herausforderungen der Energie-
187 wende und dem damit verbundenen Strukturwandel in den davon betroffenen Regionen, vor al-
188 lem in der Lausitz, verbunden. Sachsen darf hier nicht einfach nur Beobachter, sondern muss im
189 Sinne der dort lebenden Menschen handelnder Akteur sein. Diese Regionen dürfen nicht ausblu-
190 ten. Ungeachtet dieser Problemlage erkennen wir aber natürlich die Verantwortung Sachsens
191 bei der Energiewende an und fordern einen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens
192 2040. Doch was passiert mit den Arbeitsplätzen? Auch hier darf sich die sächsische Politik nicht
193 zurücklehnen. Es wird Zeit, dass sich ein sächsisches Arbeitsmarktprogramm massiv im Landes-
194 haushalt niederschlägt. Wir müssen es den Menschen, die schon länger hier leben und aus ver-
195 schiedenen Gründen keine Arbeit haben, aber auch den neu hinzugekommenen, hochmotivier-
196 ten und vor allem jungen Geflüchteten ermöglichen, ihre Potenziale auszuschöpfen. Arbeit ist ein
197 wesentlicher Faktor zur Integration in die Gesellschaft. Wir kämpfen aber vehement gegen die
198 CDU-Strategie, Sachsen als Niedriglohnland zu vermarkten. Arbeit muss sich lohnen – Ausbeu-
199 tung werden wir nicht tolerieren.
200 Auch für Sachsen gilt, dass die LINKE sozial mit aller Kraft ist. So sehen wir uns gerade ange-
201 sichts des Spardiktats des sächsischen Finanzministers als Hüter des sozialen Ausgleichs.
202

203 Für die Mehrheit der Menschen

204 Es ist ein absurdes Schauspiel: Im politischen Raum will jeder Mitte sein, auch die ganz rechts.
205 Keiner will gerne außerhalb der politischen Mitte stehen. Außer uns. Wir sind nicht die politische
206 Mitte. Aber wir wollen die Menschen aus der Mitte der Gesellschaft überzeugen, dass unser Weg
207 der Weg in eine solidarische Gesellschaft ist. Wir kämpfen für die Mehrheit der Menschen, die
208 äußerst vielgestaltig Lebensvorstellungen und verschiedene Interessen haben. Wir kämpfen für
209 die gleiche Freiheit aller, sich selbstbestimmt und frei entwickeln zu können und dafür nicht an
210 den Rand gestellt, ausgegrenzt, ausgebeutet und unterdrückt zu werden – hier und überall. In
211 Zeiten in denen sich alle immer ähnlicher werden, werden alle Parteien unberechenbar.
212 Wir sind anders. Auf uns können sich FreundInnen wie GegnerInnen verlassen. Wir machen kei-
213 ne Politik zum Selbstzweck, sondern für die Menschen. Und wir wollen sie mit den Menschen
214 gestalten. Unsere Grundüberzeugungen sind Ergebnisse von konstruktiven Auseinandersetzun-
215 gen in den eigenen Reihen, aber auch mit PartnerInnen und GegnerInnen. Unsere Grundüber-
216 zeugungen sind Richtschnur unseres Handelns im politischen Raum. Manche werfen uns vor, wir
217 seien ideologisch. Ja, das sind wir. Im Kern macht uns genau das berechenbar, weil unser Han-
218 deln vorhersehbar ist und begründet aus tiefer Überzeugung resultiert.
219 Es ist unsere Aufgabe, dafür zu kämpfen, dass sich die Lebensverhältnisse für alle Menschen
220 verbessern, hier und überall. Es ist unsere Aufgabe, Ausbeutung und Unterdrückung zu bekämp-
221 fen – hier und überall. Es ist unsere Aufgabe, hier und heute für ein besseres Leben, für ein Le-
222 ben in Würde für alle Menschen zu arbeiten. Das tun wir. Gemeinsam mit denen, die es betrifft,
223 die unsere Überzeugungen teilen. Wir laden dazu ein. Wir sind die Partei der Demokratie. Wir
224 sind die Partei, die sich um jene kümmert, die gesellschaftliche Unterstützung benötigen. Wir
225 sind die Partei der Humanität und der europäischen Idee.
226 Kurzum: Wir sind anders als die anderen. Gemeinsam mit den Menschen im Land wollen wir für
227 andere politische Mehrheiten im Land kämpfen. Mehrheiten für unsere Vorschläge, für ein soli-
228 darischere, eine demokratischere, eine weltoffene, friedliche und humane Gesellschaft.
229 Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus.
230 Wir sind DIE LINKE.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____